



Arbeitnehmer-Vereinigung Obereg AVO
Roger Bischof (Präsident)
Hinterladeren 8
9413 Obereg

Ratskanzlei App. I.Rh.
Marktgasse 2
9050 Appenzell

gerichtskanzlei@ai.ch

Obereg, 28. August 2025

Stellungnahme zur Revision der Gerichtsorganisation

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Revision der Gerichtsorganisation. Der Vorstand der Arbeitnehmer-Vereinigung Obereg AVO hat sich mit den Unterlagen auseinandergesetzt und sich mit Oberegger Vertreterinnen und Vertretern in der Gerichtsbarkeit ausgetauscht. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Der Reduktion der Anzahl Bezirksrichter auf drei im Spruchkörper stimmen wir zu. So kann die Organisation des Gerichts gewährleistet werden und die aktuell nicht zufriedenstellende Situation verbessert werden. Die Aufteilung der Bezirksrichtersitze auf die noch fünf Bezirke wird nicht verändert.

Die Abschaffung der Gerichtskreise Inneres Land und Obereg ist eine Konsequenz der Zusammenlegung 2012. Dem stimmen wir im Prinzip zu. Weiterhin sollen jedoch Verhandlungen des Bezirksgerichts auch in Obereg stattfinden können. Die im Entwurf vorgesehene Formulierung «wenn es die Umstände erfordern» ist zu wenig klar und soll ersetzt werden durch eine Formulierung «wenn es gewünscht wird», oder eine entsprechende Formulierung. Es soll allgemein darauf aufmerksam gemacht werden, dass Sitzungen auch in Obereg stattfinden können. Die Tatsache, dass dies in den letzten Jahren nicht genutzt wurde, hat sicherlich auch damit zu tun, dass zu wenig darauf aufmerksam gemacht wurde.

Die Abschaffung der Vermittlerstellen zugunsten einer kantonalen Schlichtungsstelle lehnen wir aus verschiedenen Gründen ab. Das bisherige System des Laiengremiums funktioniert gut und sollte ohne Not nicht abgeschafft werden. Die niederschwellige Möglichkeit, einen Rechtshandel ohne Anwälte und Gesetzesparagrafen zu diskutieren und gegebenenfalls ohne Gerichtsverhandlung zu lösen, ist wertvoll. Eine (wahrscheinlich) von Juristen geführte

Schlichtungsstelle könnte diese Funktion nicht übernehmen, die Hürde zum Austausch wäre in jedem Fall höher. Wir sind davon überzeugt, dass wir in den Bezirken weiterhin kompetente Laien finden, die dieses Amt ausüben wollen. Eine neue Schlichtungsstelle hätte ausserdem unweigerlich massive Mehrkosten im Verhältnis zum jetzigen Vermittlersystem zur Folge. Dies lehnen wir ab.

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Freundliche Grüsse,

Roger Bischof, Präsident AVO

David Aragai, Aktuar AVO